



Schaan, 16. Juli 2026

Medienmitteilung zum Schlussantrag des Generalanwalts im Brenner-Transit-Verfahren.

Vorentscheidung im Rechtsstreit um Alpentransit

Am 16. Juli 2026 legte der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) seine Schlussanträge vor. Diese gelten als wichtige Orientierung für das spätere Urteil im Rechtsstreit zwischen Italien und Österreich zum alpenquerenden Güterverkehr, das voraussichtlich bis zum Jahresende fällt.

Für die Alpenregion steht dabei viel auf dem Spiel: Die Entscheidung des EuGH wird massgeblich beeinflussen, in welchem Umfang Staaten künftig Massnahmen zur Reduktion des Transitverkehrs sowie zum Schutz der Menschen und sensibler alpiner Lebensräume ergreifen dürfen. Eine erste Einschätzung zu den Schlussanträgen gibt Paul Kuncio, Umweltjurist und Policy Officer bei CIPRA International:

«Der Generalanwalt vertritt die Ansicht, dass das Nachtfahrverbot, das sektorale Fahrverbot und das Winterfahrverbot gegen Unionsrecht verstösst und beantragt beim EuGH, der Klage Italiens in diesen drei Punkten stattzugeben. Hingegen sieht er die Dosierungsmassnahmen als gerechtfertigt und mit dem Recht auf freien Warenverkehr vereinbar. Folgt der EuGH den Schlussanträgen, was üblicherweise der Fall ist, fallen die genannten Massnahmen und das Land Tirol muss die Massnahmen aufheben. Vergleichbare Massnahmen auf anderen Alpentransitrouten wären dann ebenfalls gefährdet, womit eine weitere Zunahme des Warenverkehrs auf der Strasse zu erwarten ist. Zumindest scheinen die Dosierungsmassnahmen vor dem EuGH standzuhalten. Es kann als Signal gesehen werden, dass eine grenzüberschreitende Dossierung und ein Kontingent des Alpentransits eine zukunftsfähige Lösung darstellen könnte, wenn die Politik wieder zu einem Dialog zurückkehrt.»

Bereits in früheren Stellungnahmen hat die CIPRA gemeinsam mit weiteren Organisationen auf die Bedeutung wirksamer Massnahmen zur Verkehrsreduktion hingewiesen und vor möglichen negativen Folgen eines Urteils gewarnt:

- Medienmitteilung vom 26.05.2026
[Transitverkehr reduzieren: geplante Brenner-Demo setzt Zeichen](#)
- Medienmitteilung vom 20.04.2026
[Rechtsstreit um Alpentransit: Umweltorganisationen befürchten Dominoeffekt](#)



Die CIPRA wird den Ausgang des Verfahrens aufmerksam verfolgen und sich weiterhin für eine nachhaltige, alpenverträgliche Verkehrspolitik einsetzen.

Diese Mitteilung und druckfähige Pressebilder stehen zum Download bereit unter:

www.cipra.org/de/medienmitteilungen

Rückfragen sind zu richten an:

Paul Kuncio, CIPRA International (Policy Officer), +423 2375310, paul.kuncio@cipra.org

Michael Gams, CIPRA International (Kommunikation), +423 2375304, michael.gams@cipra.org

CIPRA – für ein gutes Leben in den Alpen

Die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA ist eine gemeinnützige, nichtstaatliche Dachorganisation mit Vertretungen in sieben Alpenländern und einem Mitgliedernetzwerk aus über 100 Vereinen. Die CIPRA arbeitet auf wissenschaftlicher Grundlage mit vielfältiger Kommunikation, politischer Aufklärung und in praxisnahen Projekten für eine nachhaltige Entwicklung. Sie setzt sich für die Erhaltung des Natur- und Kulturerbes, für die Stärkung der regionalen Vielfalt und für gemeinsame Lösungen grenzüberschreitender Herausforderungen im Alpenraum ein. (554 Zeichen inkl. Leerzeichen)
www.cipra.org